

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tageblatt Riesa.
Herrn Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Görschheim, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptkollektors Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach
Dresden 1592.
Verlag:
Riesa Nr. 22.

Nr. 126.

Mittwoch, 1. Juni 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/4 Uhr mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder
per Bahn. Für den Fall des Untertrens von Produktionssteigerungen, Schwankungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen
für die Nummer des Ausgabestages sind bis 6 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für
die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Zeile mit 100 Gold-Pfennigen; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag, feste Tarife.
Ermäßigte Rabatte erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe von Anzeigen in Rostock, Jülich und Erfüllungsort: Riesa. 14-tägige Unterhaltungsbeilage
„Spiegel an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Postämter oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller
keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Verhandlungen zwischen Berlin und London.

qu. In der Frage der Haltung der Reichsregierung zum englisch-russischen Konflikt ist nunmehr eine Klärung eingetreten, die veranlaßt wurde durch das Ergebnis einer Aussprache zwischen dem deutschen Botschafter in London, Stöcker, und dem britischen Außenminister Chamberlain, die am vergangenen Freitag stattgefunden hatte. Die Besprechung war von Seiten der Reichsregierung angeregt worden, und zwar im Hinblick auf Kombinationen der ausländischen Presse, nach denen die Reichsregierung dem russisch-englischen Konflikt gegenüber eine zweideutige Politik zu verfolgen beabsichtige. In der Wilhelmstraße bestätigt man jetzt, daß der deutsche Botschafter in London Herrn Chamberlain gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, für die deutsche Außenpolitik sei allein das Vertragswerk von Locarno und der zwischen Berlin und Moskau bestehende Freundschaftsvertrag allein richtunggebend.

Im Auswärtigen Amt ist jetzt ein ausführlicher Bericht über die Unterredung des Herrn Stöcker mit Chamberlain eingegangen, der dem Reichskabinett in seiner Sitzung am Montag abend vorgelesen hat. Wie wir von diplomatischer Seite erfahren, enthält der Bericht des Herrn Stöcker interessante Einzelheiten über den Verlauf seiner Unterhaltung mit dem britischen Außenminister. Danach ist Chamberlain an den deutschen Botschafter nicht herangetreten wegen einer Beteiligung Deutschlands an der anti-russischen Politik Englands. Es befanden sich keinerlei Anzeichen für einen in der nächsten Zeit zu erwartenden derartigen Schritt des Londoner Kabinetts. Der britische Außenminister habe im Verlauf seiner Unterhaltung mit Stöcker auch nicht, wie gewisse Kreise des Auswärtigen zu behaupten wußten, erklärt, die Verträge von Rapallo und Berlin wären durch die Locarnoabmachungen illusorisch gemacht worden. In den politischen Kreisen Berlins neigt man zu der Auffassung, daß die gegenseitigen Mitteilungen in einigen Blättern von London und Paris lediglich den Zweck verfolgten, die Reichsregierung von ihrer strikten Neutralität abzubringen. Daß derartige Bemühungen vollkommen überflüssig sind, kann nicht genug betont werden.

Die Tatsache, daß in der Besprechung mit dem deutschen Botschafter der britische Außenminister einen Vorschlag wegen einer Beteiligung der Reichsregierung an der Rußland-Politik des Londoner Kabinetts nicht gemacht hat, entbehrt übrigens nicht eines gewissen Belagchmacks. In London scheint nämlich eine gewisse Ernüchterung eingetreten zu sein, die ihre Ursache haben dürfte in der Haltung der französischen Regierung zu dem diplomatischen Bruch zwischen England und Sowjetrußland. Die französische Regierung ist ja auf Grund eines Kabinettsbeschlusses zu der Überzeugung gelangt, daß eine Unterstützung der britischen Rußlandpolitik nicht zweckmäßig sei und aus diesem Grunde ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Moskau nicht in Frage kommen könne. Hieron hat der französische Außenminister anlässlich seiner jüngsten Verhandlungen mit dem russischen Volkskommissar für Auswärtiges, Litwizhin in allerdings etwas verschleierte Form Mitteilung gemacht.

Der Entschluß der französischen Regierung ist insofern noch von besonderer Bedeutung, als er nach der Auffassung der Berliner politischen Kreise beweist, daß man in Paris nicht geneigt ist, sich England auf Weisheit und Verstand auszuliefern. Damit ist aber gleichzeitig gesagt, daß die Entente-Cordiale, von der man anlässlich des Besandes Doumergues und Briand in London soviel zu berichten wußte, zwischen England und Frankreich in dem Sinne nicht besteht.

Die Reichsregierung beurteilt mit Rücksicht auf die eben dargelegten Momente die außenpolitische Lage nach dem Abbruch der englisch-russischen Beziehungen jetzt nicht mehr so ernst und hat infolgedessen davon abgesehen, den auswärtigen Ausschuss des Reichstages noch vor Pfingsten einzuberufen.

Bayern und Reichsregierung.

Dr. Köhlers Verhandlungen mit dem bayerischen Finanzminister.

qu. Berlin. Schneller als man gedacht hatte, sind die Verhandlungen des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Feld mit der Reichsregierung zum Abschluß gelangt. Während Dr. Feld bereits wieder in München eingetroffen ist, führt der bayerische Finanzminister Dr. Krausneck Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister über steuerpolitische Fragen. Die erste eingehende Aussprache zwischen beiden Ministern fand am Dienstag im Reichsfinanzministerium statt. Wie wir hören, hat Dr. Krausneck bei dieser Gelegenheit auch über seine Besprechungen mit finanziellen Kreisen Newyorks, die er anlässlich seiner Amerikareise dort hatte, berichtet. Es wurde feinergeigt übrigens von amerikanischen Blättern gemeldet, Dr. Krausneck hätte sich überaus anerkennend über den Damesplan geäußert. Wie wir erfahren, hat der bayerische Finanzminister jetzt Herrn Dr. Köhler mitgeteilt, daß diese Behauptungen durchaus unzutreffend wären und lediglich tendenziösen Charakter trügen. Dr. Krausneck hat in seinen Gesprächen mit maßgebenden amerikanischen Finanzleuten viel mehr die Auffassung vertreten, daß der Damesplan von Deutschland auf die Dauer nicht durchzuführen ist, und er hat damit den Boden vorbereitet für eine sich kurz oder lang für notwendig-ergiebende Revision des Damesplans.

Abschluß der Tagung der Völkerbundligen.

qu. Berlin. Der Weltverband der Völkerbund-Gesellschaften schloß am Dienstag seine Berliner Plenarsitzung ab.

In einer einstimmig angenommenen

Entschließung

wird der Völkerbundrat gebeten, von dem Plan Abstand zu nehmen, die Zahl der Plenarsitzungen, die durch die persönliche Teilnahme der leitenden Staatsmänner der Sache des Friedens zu dienen geeignet seien, zu vermindern.

In weiteren angenommenen Entschließungen werden die Einzelgesellschaften ersucht, bei ihren Regierungen auf die Ratifizierung und tatsächliche Durchführung der internationalen Arbeitsabkommen hinzuwirken, die überhaupt für das betreffende Land annehmbar sind. In den Wirtschaftsfragen wurde das weitere Studium der Fragen beschlossen, die auf der Weltwirtschaftskonferenz keine Erledigung finden konnten, insbesondere also der Frage der Senkung der Zolltarife.

Schließlich brachte die Versammlung noch ihren Wunsch nach einem einheitlichen universellen Völkerbund zum Ausdruck, dem unter lebhaftem Beifall auch der Vertreter des ausgezogenen Argentinens zustimmte.

Unter großem Beifall wurde ein Antrag des deutschen Delegierten Graf Bernstorff angenommen, der Argentinien auffordert, seine Mitarbeit im Völkerbund wieder aufzunehmen.

Dann wurde eine Entschließung angenommen, die die Verschärfung der Schiedsgerichts- und Vergleichsverträge zwischen den Staaten durch einen Kollektivvertrag wünscht, dem alle Staaten beizutreten könnten. In der Entschließung wird auch die Durchführung der schon früher vom Völkerbund angebahnten Beschlüsse veranlaßt, wonach ein allgemeiner Vertrag über das Verbot des Angriffskrieges, die Festhaltung des Angreifers und die endgültige friedliche Regelung aller Streitigkeiten abgeschlossen werden soll.

In einer weiteren Entschließung wird bezeugt die Fortsetzung der Bemühungen um die

allgemeine Abrüstung

gefordert und das Beispiel des Locarno-Vertrages zur Nachahmung empfohlen.

Unter Hinweis auf Art. 10 der Völkerbundstatuten werden die Völkerbundstaaten ersucht, jede Intervention der Balkanstaaten und den Balkanländern gegenüber zu unterlassen.

Mit Dankesworten des Präsidenten Lucard-Paris wurde dann der Kongreß geschlossen.

Rede des Reichsministers des Inneren.

qu. Berlin, 31. Mai. Die deutsche Liga für Völkerbund veranstaltete heute abend im Hofanade anlässlich der

ersten Tagung des Kongresses der Völkerbundgesellschaften ein Bankett, das noch einmal die Delegierten in ihrer Gesamtheit versammelte. Unter den Erschienenen sah man Reichsminister Dr. Stresemann und eine große Anzahl von Gästen, unter ihnen den ehemaligen Reichsminister des Innern Dr. Kütz und zahlreiche Parlamentarier.

Zunächst begrüßte der Führer der deutschen Delegation, Graf Bernstorff, die Erschienenen, wobei er im Besonderen darauf hinwies, daß im Verlaufe der letzten Tagung viel von Locarno die Rede gewesen sei und daß es sicherlich deshalb allgemein begrüßt würde, wenn er jetzt den Minister bitte, das Wort zu ergreifen, der die Initiative von Locarno unternommen hat.

Darauf ergriff

Reichsminister Dr. Stresemann

das Wort. Der Minister führte u. a. aus: Die große Mehrheit des deutschen Volkes sei aufrichtig gewillt, an den Aufgaben des Völkerbundes mitzuarbeiten. Der Weg habe von der Ablehnung zur Befriedigung, von der Skepsis zum Vertrauen geführt. Freuen wir uns, daß Deutschland den Weg zum Völkerbund und der Völkerbund den Weg zu Deutschland gefunden haben. Für jeden, der beim Empfang der deutschen Delegation in der Völkerbundversammlung in Genf anwesend war, wird dieser Augenblick gewiß unersetzlich bleiben. Es ließe, an der Wirklichkeit menschlicher Ideale verzweifeln, wenn solche Ereignisse nicht entscheidende Rückwirkungen auf die Beziehungen zwischen den Völkern haben könnten. Er erblicke die Hauptbedeutung des Völkerbundes in dem psychologischen Wert der persönlichen Teilnahme der leitenden Staatsmänner. Man dürfe nie vergessen, welche Wirkung von der Persönlichkeit, von dem Menschen als Träger der Idee ausgehe. Jeder aber, der für eine Idee kämpfe, brauche Menschen, die zusammen mit ihm diese Ideen weitertragen. Diese geistige Armee des Völkerfriedens sei der Weltverband der Völkerbundgesellschaften. Wenn es bisher leider nicht möglich gewesen sei, die Abrüstung der Waffen durchzuführen, so müsse man umso mehr die Ausbreitung des Geistes und der Idee betreiben. Die Ergebnisse der gegenwärtigen Tagung seien eine Etappe in dem Gesamtwerk des Verbandes für diese Idee.

Dr. Stresemann schloß mit dem Wunsch, daß dieses Gesamtwerk des Verbandes mit dem Arbeiten des Völkerbundes selbst den Völkern das gebe, wonach sie alle verlangen: Frieden und Verständigung seien die Voraussetzungen für den geistigen und wirtschaftlichen Fortschritt der Völker.

Nach der Rede Dr. Stresemanns dankte Professor Richard Frankfort, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der Liga, der deutschen Liga und ihrem Vorsitzenden, Graf Bernstorff, für die vorzügliche Vorbereitung und Anordnung des Kongresses.

Es sprachen noch Lady Gladstone für die englische Liga und Theodor Marburg für die amerikanische Liga.

Die Spannung zwischen Großbritannien und Ägypten

qu. London. In den Blättern wird verschiedentlich die Entstehung von drei Kriegsschiffen in ägyptischen Gewässern „als eine Vorwarnmaßnahme, als eine Demonstration“ genannt. Times schreibt: Die neue Stellung von Spinko Pascha als Stellvertretender Sirdar ist niemals formell von der ägyptischen Regierung anerkannt worden und seine Machtbefugnisse und seine Autorität sind durch eine Reihe von administrativen Handlungen verschiedener ägyptischer Regierungen untergraben worden. Die Wirkung dieser Handlungen war eine allmähliche Schwächung der britischen Kontrolle über die ägyptische Armee, die Wiedereinsetzung von Offizieren, die in kritischen Augenblicken politische Opposition gegen Großbritannien getrieben haben, in wichtige Posten und eine Verhärtung der Zahl und der Ausrüstung der Armee. Die ernste Seite bei diesen Veränderungen war, daß die ägyptische Armee allmählich unsicherer politischer Einflüssen zugänglich gemacht wurde und daß sich immer deutlicher die Reklama zeigte, sie als politische Maschine zu gebrauchen. Der Druck der extremen Jagulisten und Wafelbemeister auf die Regierung, dem die unverhüllte Ablehnung der Kredite für den Sirdar durch einen wichtigen parlamentarischen Ausschuss folgte, hat die britische Regierung genötigt, ihren Standpunkt in der Deeresfrage sehr deutlich zu erklären. Es ist keine Rede davon, die Anerkennung des unabhängigen Status Ägyptens, die im Februar 1922 erfolgte, rückgängig zu machen. Es herrscht aber die Empfindung, daß es nicht möglich ist, die unverhüllte Herausforderung unbeachtet zu lassen, die gegen die Interessen Großbritanniens in der Frage der ägyptischen Sicherheit gerichtet wurde. Großbritannien ist verantwortlich sowohl für die Sicherheit des Suezkanals als auch für die der ausländischen Gemeinwesen auf ägyptischem Gebiet. In der Zeit an Sarmat Pascha übergebenen Note wird das besondere britische Interesse an der ägyptischen Deeresfrage betont, und die ägyptische Regierung wird ersucht, Vorschläge zu machen, wie die notwendige britische Mitwirkung bei den militärischen Angelegenheiten Ägyptens am zweckmäßigsten gesichert werden kann. Angesichts gewisser Anzeichen, daß die extremen Elemente, die einen Konflikt in der Deeresfrage herbeiführen wollten und daraufhin arbeiten, diesen

Konflikt durch örtliche Unruhen zu verschärfen, hat es die britische Regierung für ratsam gehalten, gewisse Kriegsschiffe von Malta nach ägyptischen Häfen zu senden.

Rußland-Debatte im Oberhaus.

qu. London, 31. Mai. Im Oberhaus eröffnete Lord Parmoor eine Debatte über Rußland. Er betonte, daß man auch die Erklärungen der Russen hätte anhören und erwägen müssen. Der Abbruch der Beziehungen sei eine zweifelhafte Sache, wenn darauf nicht eine taktische Aktion folge. Die einzige Aussicht auf Stabilisierung des Friedens sei, daß England seinen gesamten Einfluß aufbiete, um Rußland innerhalb des Einflusses der freundschaftlichen Atmosphäre des Völkerbundes in Genf zu bringen.

Lord Balfour, der für die Regierung erwiderte, erklärte, er sei stets befreit gewesen, die Beziehungen nicht abzubauen, bis eine weitere Taktik vollkommener Numeralisch geworden sei. Er bedauere den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, aber eine Diplomatie, die in nichts anderem bestehe, als in solchen Verpöndungen, sei eine Diplomatie, die zu sehr wenig Gutem führe. Die russische Regierung habe alles getan, um die Unruhen in China zu vermehren, weil sie glaube, daß sie durch China gegen Großbritannien schlagen könne. Großbritannien habe die Sowjetregierung nicht provoziert. Die Herausforderung sei von der Sowjetregierung gegenüber England ausgegangen. Der Handel mit Rußland brauche, soweit England in Betracht komme, durch das Geheime nicht unterbrochen zu werden. Was die möglichen internationalen Bindungen der diplomatischen Aktion betreffe, so habe der Schritt, soweit er beobachtet könne, keinerlei schädliche Folgen hervorgerufen.

Der liberale Lord Reading erklärte: Es würde politisch klüger gewesen sein, wenn die Regierung sich damit begnügt hätte, die Leute, die an der Propaganda teilgenommen haben, aus dem Lande zu weisen, der Handelsdelegation ihre Vorrechte zu nehmen oder irgend einen anderen Schritt zu tun.